**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 08.03.2000
	Schriftführer Marianne Müller
	Telefon-Nr. 02202/142248
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, 22. Februar 2000
Sitzungsort Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 20:21 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 20.12 – 20.15 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.1999 - öffentlicher Teil - 66/2000**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Wahl eines Beigeordneten/einer Beigeordneten 110/2000**
- 6. Feststellung des Wirtschaftsplanes der Städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2000 64/2000**
- 7. Zuwendungen zu den Aufwendungen der Fraktionen**

- 76/2000
8. **Stellenplan 2000**
117/2000
 9. **Haushalt 2000;
Teilhaushalt Fachbereich 1**
100/2000
 10. **Projekte der Verwaltung im Rahmen der Lokalen Agenda 21**
93/2000
 11. **Beteiligungsbericht 1998**
101/2000
 12. **I. Nachtrag zur Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach vom 15.06.1999**
343/1999
 13. **Genehmigung von Dienstreisen; hier: Teilnahme von Mitgliedern des Rates an der Mitgliederversammlung des Städtetages NW 2000**
68/2000
 14. **Genehmigung von Dienstreisen; hier: Teilnahme von Mitgliedern des Rates am Gemeindegkongress und an der Mitgliederversammlung 2000 des NStGB am 09.03.2000 in Münster**
115/2000
 15. **Annahme einer Schenkung**
75/2000
 16. **Benennung der Erschließungswege im Bereich des Bensberger Schlosses**
56/2000
 17. **Benennung von Mitgliedern des Kreiswahlausschusses für den Wahlkreis 26**
308/1999
 18. **Bericht aus den Sitzungen des Ausländerbeirates am 30.11.1999 und 25.01.2000**
114/2000
 19. **Streichung der Straßentrasse aus dem Kreisverkehrsentwicklungsplan;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.1999**
95/2000
 20. **Weiterführung der Linie 1;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.1999**
94/2000
 21. **Zweigleisiger S-Bahn-Ausbau;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.1999**
97/2000

22. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.01.2000 zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs**
96/2000
23. **Antrag der F.D.P. - Fraktion**
109/2000
24. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.1999 ;
Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit**
116/2000
25. **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 bzgl. der Entschädigung der Entschädigung der Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit.**
105/2000
26. **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 07.02.2000 zu Jugendbegegnungen mit Jugendlichen aus den Partnerstädten**
113/2000
27. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2000 auf Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Stellenplan**
111/2000
28. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2000, aus dem Haushalt 2000 die Stellen der zwei Stadtwächter zu streichen**
102/2000
29. **Interfraktioneller Antrag der Fraktionen Kiditiative, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.02.2000, die Stellen "Jugendhilfeplanung" und "Kinderbüro" aus dem Fachbereich 5 jeweils auf 100 % zu erhöhen.**
112/2000
30. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.1999 - nichtöffentlicher Teil -
67/2000**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Vorschlagsliste für die Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen
und der Jugendschöffen
99/2000**

5. **Bestellung des Wehrführers und des stellvertretenden Wehrführers für die
Freiwillige Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach
90/2000**

6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen

@-> Frau Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie weist auf folgende Sitzungsunterlagen hin:

1. auf die Einladung vom 10.02.2000,
2. auf die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplanentwurf 2000,
3. auf den Beteiligungsbericht 1998, der zur Ratssitzung am 16.12.1999 vorgelegt wurde.

Es wird festgestellt, daß in der heutigen Sitzung Herr Rolf Buchholz durch Herrn Markus Sprenger, Herr Dr. Uwe Kassner durch Herrn Hans Kierspel, Frau Sylvia Wöber-Servaes durch Herrn Herbert Wolfgarten, Frau Helene Hammelrath durch Herrn Peter Hoffstadt sowie Herr Günter Ziffus durch Frau Lioba Böhrs vertreten werden.

Frau Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, für die heutige Sitzung Frau Stadtamtsrätin Marianne Müller zur Schriftführerin zu bestellen, da der Schriftführer – Herr Peter Kredelbach – erkrankt sei.

Der Hauptausschuß faßt einvernehmlich folgenden **Beschluß**:

Frau Stadtamtsrätin Marianne Müller wird für die heutige Sitzung des Hauptausschusses zur Schriftführerin bestellt.

Ferner **beschließt** der Hauptausschuß auf Vorschlag von Frau Bürgermeisterin Opladen einvernehmlich:

**Die Tagesordnungspunkte A 27, A 28 und A 29 werden gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt A 8 „Stellenplan 2000“ beraten.
Ebenfalls gemeinsam werden die Tagesordnungspunkte A 24 und A 25 beraten.**

Herr Waldschmidt fragt an, ob der in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr an den Hauptausschuß verwiesene Antrag der SPD-Fraktion (Antrag zum autofreien Tag der Städte) in der heutigen Hauptausschußsitzung behandelt werde. Frau Bürgermeisterin Opladen erklärt hierzu, daß dieser Antrag erst nach Versand der Hauptausschußeinladung bei ihr eingegangen sei. Er habe nicht mehr in die Tagesordnung aufgenommen werden können und werde somit in der heutigen Sitzung nicht beraten.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift wird ohne Einwendungen genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.12.1999 - öffentlicher Teil -

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

@-> **Städtepartnerschaft mit Marijampole**

Frau Bürgermeisterin Opladen informiert, die litauische Partnerstadt Marijampole habe sie zu einem Besuch in Marijampole in der Zeit vom 09.-12.März 2000 aus Anlaß der 10jährigen Unabhängigkeit Litauens eingeladen. Es seien ebenfalls Vertreter anderer europäischer Städte, mit denen Marijampole befreundet sei, eingeladen worden. Da sie sich in dieser Zeit in Urlaub befinden werde, werde in ihrer Vertretung Frau stellvertretende Bürgermeisterin Koshofer die Stadt Bergisch Gladbach in Marijampole vertreten.

Ferner berichtet Frau Bürgermeisterin Opladen, die Partnerstadt Marijampole habe die Einladung der Stadt Bergisch Gladbach angenommen, in der Zeit vom 14.-27. August 2000 eine Gruppe von 15 Jugendlichen ab 16 Jahre zur Teilnahme an einem Deutsch-Sprachkursus in Bergisch Gladbach zu entsenden. Die Stadt sei bestrebt, alle litauischen Gäste während des Besuches in Familien unterzubringen. Da diese nicht einfach sein werde, würde sie sich freuen, wenn auch Fraktionsmitglieder oder ihnen bekannten Familien bereit wären, Jugendliche während der Besuchszeit aufzunehmen.

<-@

5. Wahl eines Beigeordneten/einer Beigeordneten

@->

Herr Müller trägt vor, aus welchen Gründen sich die CDU-Fraktion entschieden hat, den Bewerber Stephan Schmickler zur Wahl vorzuschlagen.

Herr Freese erläutert für die SPD-Fraktion die Gründe, die Wahl des Bewerbers Stephan Schmickler mitzutragen.

Frau Ryborsch begründet den Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Rat zu empfehlen, den Bewerber Wilfried Schulze zu wählen.

Frau Schmidt-Bolzmann spricht sich für die F.D.P.- Fraktion ebenfalls für die Wahl des Bewerbers Stephan Schmickler aus.

Der Hauptausschuß faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN folgende Beschlüßempfehlung an den Rat:

Beschluß:

Herr Stephan Schmickler wird zum Beigeordneten (Besoldungsgruppe B 4) für den vom Rat festgelegten Geschäftskreis (Fachbereiche 6, 7 und 8) gewählt.

<-@

@->

<-@

6. Feststellung des Wirtschaftsplanes der Städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2000

@->

Herr Waldschmidt fragt an, ob es sich bei der in der Vorlage dargestellten Korrektur der für das Wirtschaftsjahr 2002 ausgewiesenen Kosten für die Bau- und Sanierungsmaßnahmen von 2,6 Mio. DM auf 3,5 Mio. DM um einen Übertragungsfehler oder um einen Fehler bei der Berechnung der Bau- und Sanierungsmaßnahmen handelt.

Herr Widdenhöfer antwortet hierzu, es handele sich nicht um einen Berechnungsfehler, sondern der Betrag von 2,6 Mio. DM sei irrtümlich in den Finanzplan aufgenommen worden.

Frau Schmidt-Bolzmann bittet um eine Erklärung, warum bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen eine Kostensteigerung von 12 % (bei Nichtberücksichtigung der Zinsen und Abschreibungen) und bei den Personalausgaben gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2000 eine Erhöhung von 5 % in den Wirtschaftsplan aufgenommen worden seien.

Herr Widdenhöfer erläutert hierzu, bei der Ausweisung der Betriebsaufwendungen müsse bedacht werden, daß außer den allgemeinen Erhöhungen auch durch die neue Feuerwache bedingte erhebliche Mehraufwendungen zu berücksichtigen seien, z.B. für die Reinigungs- und Unterhaltungsarbeiten.

Hinsichtlich der Steigerung der Personalkosten weist er u.a. darauf hin, es sei beabsichtigt, zum 01.04.2000 sechs Feuerwehranwärter einzustellen. Dies sei aus der Sicht der Personalentwicklung erforderlich, da in den nächsten zwei Jahren mehrere Feuerwehrkräfte ausscheiden werden. Hierdurch würden bereits Personalmehrkosten in Höhe von über 300.000 DM entstehen. Hinzu kämen beispielsweise Mehrkosten durch Besoldungserhöhungen, Erhöhung der Abgaben an die Versorgungskasse, erhöhte Beihilfeaufwendungen.

Frau Böhrs erklärt, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erscheine der ausgewiesene Betrag der Darlehnsaufnahme in Höhe von 3.682.550 DM (im Finanzplan 2002-2004) sehr hoch. Sie erkundigt sich, aus welchen Gründen die Darlehnsaufnahme in dieser Höhe vorgesehen worden sei. Ferner bitte sie um Auskunft, warum unter Veranschlagung der vollen Abschreibungsbeträge der Wirtschaftsplan nur durch die Inanspruchnahme der in der Bilanz 1997 ausgewiesenen Rücklagen gedeckt werden sei.

Herr Kotulla weist hinsichtlich der Höhe der veranschlagten Darlehnsaufnahme darauf hin, daß als erheblicher Investitionsposten in jedem Jahr die notwendigen Neuanschaffungen von Fahrzeugen für die Feuerwehr zu Buche schlage.

Des weiteren informiert Herr Steinbach, es seien die vollen Abschreibungsbeträge

veranschlagt worden. Die Deckung habe nur erreicht werden können, in dem der in der Bilanz 1997 ausgewiesene Rücklagenbestand in Anspruch genommen worden sei. Nach Ablauf des Jahres 2000 müsse die weitere Entwicklung überprüft werden. Es wäre falsch, den Betrag abzudecken, weil in einem evtl. Fehlbetrag eine erhebliche Unterdeckung des Rettungsdienstes vorhanden sei, die möglicherweise durch eine Neukalkulation in die Gebühren einbezogen werden könne.

Mit Hinweis auf die in den vergangenen Jahren von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr geführten Klagen über die Ausstattungen fragt Herr Hoffstadt an, ob im Wirtschaftsplan der Feuerwehr Finanzmittel zur Abhilfe dieser Beschwerden vorgesehen sind.

Herr Widdenhöfer berichtet hierzu, die Unzufriedenheit beziehe sich zur Zeit noch auf die Unterbringung, insbesondere in Refrath. Zur Verbesserung der Situation seien in diesem Jahr und im kommenden Jahr Mittel veranschlagt worden. Die Beschwerden über die Ausstattung der Dienstkleidung hätten sich zur Zeit erledigt. Die Dienstkleidung der Feuerwehrleute sei auf die EU-Vorschriften umgestellt und es sei eine komplette Neueinkleidung vorgenommen worden. Beklagenswert sei noch der schlechte Zustand des Gerätehauses in Refrath. Zur Beseitigung dieses Mißstandes müßten in den nächsten Jahren Mittel investiert werden, die im Wirtschaftsplan vorgesehen seien.

Der Hauptausschuß faßt einstimmig bei Stimmenthaltung der F.D.P.- Fraktion folgenden **Beschlußvorschlag** für den Rat:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2000 wird in der als Anlage beigefügten Fassung festgestellt.

<-@

7. Zuwendungen zu den Aufwendungen der Fraktionen

@-> Frau Opladen bittet, die Vorlage dahingehend zu korrigieren, daß bei der Sachdarstellung im 1. Satz des 4. Absatzes das Wort „nicht“ gestrichen wird.

Herr Müller macht für die CDU-Fraktion deutlich, daß sie sich gegen eine Erhöhung der Zuwendungen zum jetzigen Zeitpunkt ausspricht. Es sollte zunächst das Ergebnis einer Bedarfsermittlung und -analyse abgewartet werden, um danach über eine eventuelle Erhöhung zu entscheiden.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß der Gesetzgeber davon ausgehe, es müsse immer der Bedarf ermittelt und die Fraktionen müßten entsprechend ihrem Bedarf ausgestattet werden. Sie verweist auf ein Urteil des VG Münster vom 22.12.1999 in dieser Angelegenheit. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantrage, im Laufe dieses Jahres eine Bedarfsanalyse seitens der Verwaltung zu erheben.

Frau Böcher erklärt für die Fraktion KIDitative, daß die Finanzierung aller Fraktionen zwar sichergestellt werden müsse, jedoch auf der Grundlage einer vorher erstellten Bedarfsanalyse.

Herr Freese weist darauf hin, daß eine solche Bedarfsanalyse bereits vorgesehen sei.

Im Hauptausschuß besteht Einvernehmen, in der heutigen Sitzung keinen Beschluß über die Erhöhung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Fraktionen zu fassen. Es soll zunächst eine Bedarfsermittlung und -analyse erfolgen. Frau Bürgermeisterin Opladen sagt dies zu.

Ferner faßt der Hauptausschuß einstimmig folgende **Beschlußempfehlung** an den Rat:

Die Fraktion KIDitiative erhält jährlich einen einmaligen Zuschuß für Fortbildungsmaßnahmen der Fraktion in Höhe 400,00 DM.

Im Anschluß an diesen Punkt gibt Frau Bürgermeisterin Opladen die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Ausschußvorsitzenden – Herrn Müller – ab.

<-@
@-> Beschlußvorschlag:

Die Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführungen der Fraktionen werden mit Wirkung ab 01.01.2000 **um** folgende Beträge erhöht:

----- DM mtl. Sockelbetrag

----- DM mtl. Zuwendungsbetrag je Fraktionsmitglied.

Diese Neufestsetzung wird bis zum 31.12.2000 begrenzt und steht unter der Voraussetzung, daß die in diesem Jahr noch zu erstellende neue Bedarfsanalyse den erhöhten Bedarf rechtfertigen wird.

Ferner erhält die Fraktion KIDitiative jährlich einen einmaligen Zuschuß für Fortbildungsmaßnahmen der Fraktion in Höhe von 400,00 DM.

Die sich aus diesem Beschluß ergebenden Mehrausgaben (zwischen 23.400 DM und 25.070 DM je nach Verteilungsalternative) sind im Haushaltsplan 2000 zusätzlich bereitzustellen.

<-@
8. Stellenplan 2000

in Verbindung mit

- @->**
- 27. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2000 auf Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Stellenplan**
 - 28. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2000, aus dem Haushalt 2000 die Stellen der zwei Stadtwächter zu streichen**
 - 29. Interfraktioneller Antrag der Fraktion KIDitiative, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.02.2000, die Stellen „Jugendhilfeplanung“ und**

„Kinderbüro“ aus dem Fachbereich 5 jeweils auf 100 % zu erhöhen.

Zu TOP 27: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2000 auf Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Stellenplan

Frau Ryborsch und Frau Böhrs begründen den Antrag auf Einrichtung zusätzlicher Stellen im Stellenplan im wesentlichen wie folgt:

Zu Nr. 1 des Antrages (Einrichtung einer vollen Stelle für den Agenda-Beauftragten) lenkt Frau Ryborsch die Aufmerksamkeit auf den Tagesordnungspunkt A 10 der heutigen Sitzung, in dem die beabsichtigten Projekte der „Lokalen Agenda 21“ dargestellt sind. Sie erklärt, daß nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die personelle Ausstattung für diese Aufgabe mit derzeit 12 Wochenstunden nicht ausreichend sei. Damit der Agenda-Prozeß auch wirklich beginnen könne, werde beantragt, eine volle Stelle für den Agenda-Beauftragten einzurichten.

Zu Nr. 2 des Antrages (Einrichtung einer Stelle im Frauenbüro um eine halbe Stelle) legt Frau Böhrs dar, daß sich durch die Einrichtung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann der Arbeitsaufwand im Frauenbüro gegenüber der bisherigen Betreuung eines Fachbeirates und eines interfraktionellen Arbeitskreises erhöht habe. Hinzu komme die noch nicht voraussehbare Mehrarbeit infolge des neuen Gleichstellungsgesetzes. Um eine inhaltlich gute Vorbereitung und Nachbereitung des Ausschusses vornehmen zu können, beantrage die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einrichtung einer zusätzlichen halben Stelle für das Frauenbüro.

Zu Nr. 3 des Antrages (Einrichtung einer halben Stelle für das Kulturbüro) erklärt Frau Ryborsch, der Kulturbereich habe bereits seit vielen Jahren keine Anbindung mehr an die Verwaltung. Aus diesem Grunde hätte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon in den beiden letzten Jahren die Einrichtung einer Stelle beantragt. Die Einrichtung der halben Stelle werde für notwendig erachtet, um eine ordentliche Kulturarbeit sicherstellen zu können.

Zu Nr. 4 des Antrages (Einrichtung einer Stelle für einen Hydrogeologen) weist Frau Ryborsch darauf hin, daß das Stadtgebiet ein geologisch äußerst schwieriges Terrain sei mit der Folge von Mehrkosten und Schwierigkeiten für Bauherren. Aus diesem Grunde halte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Hydrogeologen für unerlässlich.

Zu Nr. 5 des Antrages (Einrichtung von zwei Stellen für Ab-

fallberater) macht Frau Ryborsch darauf aufmerksam, daß die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Stellen seit Jahren beantrage, um die Kosten für die Abfallbeseitigung und die Fehlsortierungen minimieren zu können.

Zu Nr. 6 des Antrages (Einrichtung von zwei Stellen für Sozialpädagogen für die Familienhilfe) erklärt Frau Ryborsch mit Hinweis auf die permanent steigenden Heimunterbringungskosten für Kinder, daß nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einrichtung dieser Stellen Heimunterbringungen verhindern und der Stadt Bergisch Gladbach auf lange Sicht Kosten sparen könnte.

Im Anschluß an die Begründung der Anträge werden diese wie folgt im Ausschuß erörtert:

Zu Nr. 1: (Einrichtung einer vollen Stelle für den Agenda - Beauftragten):

Herr Kraemer weist zur beantragten Einrichtung einer vollen Stelle für den Agenda-Beauftragten darauf hin, die Angelegenheit sei im Fachausschuß dahingehend diskutiert worden, daß es in der derzeitigen Situation noch zu früh sei, die volle Stelle einzurichten. Es sollte zunächst abgewartet werden, wie sich das Agenda-Projekt entwickeln werde. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Böhrs stellt die Frage, wie ernst die Stadt die Agenda-Projekte nehme, wenn sie nicht bereit sei, die personellen Konsequenzen hierfür zu ziehen und eine volle Stelle einzurichten.

Herr Kotulla erklärt, die Verwaltung sehe zur Zeit keine Notwendigkeit, eine volle Stelle einzurichten. Die Arbeit für den Agenda-Prozeß konzentriere sich nicht nur auf einen Mitarbeiter im Hause, der die Bündelungsfunktion wahrnehme, sondern sei eine durchgehende Aufgabe für die gesamte Verwaltung, z.B. im Hinblick auf hiermit verbundene Planungen. Sollte es sich herausstellen, daß es notwendig werde, für die Wahrnehmung der Bündelungsfunktion eine volle Stelle einzurichten, werde die Verwaltung dies vorschlagen.

Zu Nr. 2: (Aufstockung einer Stelle im Frauenbüro um eine halbe Stelle)

Zu der beantragten Stellenaufstockung im Frauenbüro verweist Herr Kraemer auf die bereits im Ausschuß für die Gleichstellung von Frau und Mann erfolgte Erörterung, auch im Hinblick auf die von der Gleichstellungsbeauftragten für die Wahrnehmung überregionaler Tätigkeiten aufzuwendenden Arbeitszeiten. Er macht für die CDU-Fraktion deutlich, daß sie dem Antrag nicht zustimmen werde.

Frau Böhrs vertritt die Auffassung, daß die überregionalen Tätigkeiten der Gleichstellungsbeauftragten für die Stadt Bergisch Gladbach ein großer Gewinn seien und das Ansehen der Stadt steigerten. Sie könnten nicht als Begründung für die Ablehnung der Stellenaufstockung im Frauenbüro akzeptiert werden.

Frau Schöttler-Fuchs betont, daß sich die Gleichstellungsbeauftragte durch ihre Fachartikel und ihre überregionale Arbeit auf Bundesebene einen guten Namen erworben habe und hierdurch die Stadt Bergisch Gladbach über ihre Grenzen hinaus bekannt mache. Sie weist ferner darauf hin, daß die Forderung zur Einrichtung einer zusätzlichen halben Stelle zurückhaltend sei, da mit der Bürgermeisterin eine Vereinbarung ähnlich wie die zur Handhabung der Personalsituation im Bereich „Agenda-Prozeß“ getroffen worden sei.

Frau Fahner erklärt, das Frauenbüro arbeite so effektiv wie möglich. Dies sei schon deshalb notwendig, weil die im Frauenbüro zu bearbeitenden Inhalte und Themen sehr vielseitig seien. Eine Vernetzung mit anderen Fachstellen sei zur Aufgabenwahrnehmung unerlässlich. Sie beteilige sich an der überregionalen Vernetzung, um auch in Zukunft eine effektive Aufgabenwahrnehmung vornehmen zu können.

Zu Nr. 3 (Einrichtung einer halben Stelle für das Kulturbüro)

Herr Kraemer macht für die CDU-Fraktion deutlich, daß sie dem Antrag nicht zustimmen werde.

Herr Kreilkamp trägt vor, im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport sei erkennbar geworden, daß der Fachbereich 4 zur Zeit keine Notwendigkeit für weitere als die im Stellenplanentwurf 2000 vorgesehenen Stelleneinrichtungen für seinen Fachbereich sehe.

Zu Nr. 4 (Einrichtung einer Stelle für einen Hydrogeologen)

Herr Kraemer macht auch zu diesem Antrag für die CDU-Fraktion deutlich, daß sie nicht zustimmen werde.

Herr Kotulla erklärt, aus der Sicht der Verwaltung werde die beantragte Stelle nicht für erforderlich gehalten. Dies begründe sich bereits dadurch, daß die Stadt Bergisch Gladbach in Grundwasserangelegenheiten keine Zuständigkeiten habe

Zu Nr. 5 (Einrichtung von zwei Stellen für Abfallberater)

Herr Kraemer macht auch zu diesem Punkt auf die bereits geführte Diskussion im Fachausschuß aufmerksam. Er erklärt, daß die CDU-Fraktion keinen Anlaß sehe, die beiden beantragten

Stellen einzurichten.

Herr Freese betont, daß die SPD-Fraktion die Einrichtung der beiden Stellen für notwendig erachte.

Zu Nr. 6 (Einrichtung von zwei Stellen für Sozialpädagogen für die Familienhilfe)

Herr Kreilkamp führt hierzu für die Verwaltung aus, es sei beabsichtigt, grundsätzlich an der flexiblen Kombination der Aufgabenerledigung durch hauptamtliche Kräfte und Honorarkräfte festzuhalten. Der Fachbereich sei nach wie vor der Auffassung, daß sich diese Lösung bewährt habe und weiterverfolgt werden solle. Die Stadt Bergisch Gladbach habe in der vergangenen Woche in dem in dieser Angelegenheit anhängigen Streitverfahren in erster Instanz obsiegt.

Frau Ryborsch beantragt die Einzelabstimmung zu den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragten Einrichtungen von neuen Stellen.

Der Hauptausschuß faßt zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgende **Beschlüsse**:

- 1. Der Antrag auf Einrichtung einer vollen Stelle für den Agenda-Beauftragten wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei einer Stimmenthaltung aus der SPD-Fraktion abgelehnt.**
- 2. Der Antrag auf Einrichtung einer halben Stelle im Frauenbüro wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei einer Stimmenthaltung aus der SPD-Fraktion abgelehnt.**
- 3. Der Antrag auf Einrichtung einer halben Stelle für das Kulturbüro wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.**
- 4. Der Antrag auf Einrichtung einer Stelle für einen Hydrogeologen wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.**
- 5. Der Antrag auf Einrichtung von zwei Stellen für Abfallberater wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN abgelehnt.**

- 6. Der Antrag auf Einrichtung von zwei Stellen für Sozialpädagogen für die Familienhilfe wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.**

Zu TOP 28: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 01.02.2000, aus dem Haushalt 2000 die Stellen der zwei Stadtwächter zu streichen

Frau Ryborsch begründet den Antrag. Danach vertritt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Auffassung, daß die bisher eingesetzten Stadtwächter nicht den erwünschten Erfolg gebracht hätten und die Gesamtsituation in der Stadt Bergisch Gladbach die Notwendigkeit des Einsatzes von Stadtwächtern nicht begründe.

Herr Kraemer verweist auf die im Kommunalwahlkampf bereits ausdrücklich sowohl von der CDU als auch der Bürgermeisterin zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit zur Schaffung dieser Stellen. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Freese berichtet, die SPD-Fraktion habe unter Beteiligung der Polizei, der Sozialverbände und der Verwaltung einen Gedankenaustausch zu dem Thema durchgeführt. Hierbei sei deutlich geworden, daß es sich bei den als störend empfundenen Personen um ca. 30 Personen handle, die das eine oder andere Problem bereite, die jedoch in der Regel friedlich seien. Es habe sich gezeigt, daß die bisher eingesetzten Stadtwächter die an sie gesetzten Anforderungen nicht erfüllen konnten, da sie nicht mit hoheitlichen Aufgaben ausgestattet gewesen seien. Nun sollten Stadtwächter eingesetzt werden, die besser geschult und mit hoheitlichen Aufgaben ausgestattet werden. Dies werde von der SPD-Fraktion begrüßt. Die SPD-Fraktion vertrete jedoch die Auffassung, es sollte mit der Einrichtung von zwei statt vier Stellen begonnen werden, um zunächst Erfahrungen mit dem Einsatz dieser Stadtwächter zu sammeln und zu einem späteren Zeitpunkt zu überlegen, ob zusätzliche Stellen für erforderlich gehalten werden.

Frau Böcher vertritt für die Fraktion KIDitiative auch die Auffassung, daß die Stellenzahl für die Stadtwächter reduziert werden sollte. Sie schlägt vor, die hierdurch eingesparten Kosten zur Hilfestellung oder Wiedereingliederung der Betroffenen einzusetzen.

Herr Kotulla merkt zum Erfordernis den im Stellenplan vorgesehenen vier Stellen an, daß die Stadtwächter zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Orten eingesetzt werden sollten.

Der Hauptausschuß faßt zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen einige Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Zu TOP 29: Interfraktioneller Antrag der Fraktionen KIDitiative, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.02.2000, die Stellen „Jugendhilfeplanung“ und „Kinderbüro“ aus dem Fachbereich 5 jeweils auf 100 % zu erhöhen

Frau Böcher begründet den Antrag. Sie merkt bezüglich der Stelle „Jugendhilfeplanung“ an, daß in diesem Bereich die Aufgaben schon jetzt nicht mehr ordentlich erfüllt werden könnten. So habe beispielsweise im letzten Jahr eine Jugendbefragung stattgefunden, die noch nicht ausgewertet worden sei. Die der Stadt Bergisch Gladbach nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz obliegende Planungsverantwortung könne nicht mehr ausführlich wahrgenommen werden. So sollten die durch die Jugendhilfeplanung möglichen Präventionsmaßnahmen nicht außer Betracht gelassen werden. Die zur Zeit beim Jugendamt für den Jugendhilfeplaner vorhandene Stelle sei nicht ausreichend. Aus diesem Grunde werde beantragt, diese Stelle auf eine ganze Stelle aufzustocken.

Zu der beantragten Aufstockung der Stelle für das Kinderbüro führt

Frau Böcher aus, daß hierdurch dem Kinderbüro die Möglichkeit zur Betreuung der Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen gegeben werden sollte.

Herr Hoffstadt ergänzt die Ausführungen dahingehend, daß es bei der beantragten Aufstockung der Stelle für die Jugendhilfeplanung im wesentlichen darum geht, die gesetzliche Verpflichtung des Jugendhilfeträgers zur Jugendhilfeplanung nach § 80 KJHG zu erfüllen. Er gibt zu Bedenken, daß durch eine vernünftige Jugendhilfeplanung die Möglichkeit besteht, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen und hierdurch Kosten für Heimunterbringungen zu ersparen. In diesem Zusammenhang erinnert er an die vor einiger Zeit geführte Leitbilddiskussion und appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Kraemer vertritt für die CDU-Fraktion die Auffassung, daß der Fachbereich 5 ein umfangreiches Personalbudget habe und nach dem Kenntnisstand seiner Fraktion innerhalb des Fachbereiches das Potential gesehen werde, die Aufgaben im Rahmen des Budgets zu erfüllen. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Kreilkamp informiert für die Verwaltung, im Bereich der Jugendhilfeplanung und zur Wahrnehmung der Aufgabe „Kinderbüro“ beabsichtige der Fachbereich 5, dem Anliegen der Politik mit dem vorhandenen Personalbestand durch Umschichtungen von Tätigkeiten sowie durch Aufgabenverlagerungen ohne Stellenmehrbedarf und ohne, daß andere Aufgaben nicht mehr erfüllt werden könnten, Rechnung zu tragen.

Aufgrund dieser Aussage ziehen die Antragsteller den Antrag vom 07.02.2000 zurück.

Zu TOP 8: Stellenplan 2000

Über die bereits zu den Tagesordnungspunkten A 27 – A 29 erfolgten Erörterungen hinaus diskutieren die Mitglieder des Hauptausschusses den Stellenplanentwurf 2000 wie folgt:

Frau Ryborsch sieht grundsätzlich vor dem Hintergrund der Personalkosteneinsparungen der vergangenen Jahre im diesjährigen Stellenplanentwurf einen positiven Ansatz, insbesondere in der Tatsache, daß ausreichend Auszubildende eingestellt werden. Mit Hinweis auf die Personalautonomie der Fachbereiche wünscht sie sich für die Zukunft, daß auch die Fachbereiche personelle Zieldefinitionen vornehmen sollten, so daß die Politik nachvollziehen könnte, wie und aus welchen Gründen welcher Personalbedarf bestehe. Sie sieht in diesem Zusammenhang verstärkt die Notwendigkeit für eine Lenkungsgruppe, die den Reorganisationsprozeß weiter begleiten sollte.

Frau Ryborsch weist auf die Ausweisung der Stelle für die Bürgermeisterin nach B 8 und die Tatsache hin, daß die beiden letzten Stadtdirektoren eine Stufe darunter eingruppiert gewesen seien. Sie schlägt der Bürgermeisterin vor, über eine um eine Stufe geringere Eingruppierung nachzudenken.

Die Herren Kraemer, Freese und Kotulla stellen zur letzteren Bemerkung von Frau Ryborsch klar, daß die Eingruppierungsstufe für die Bürgermeisterin gesetzlich festgelegt ist.

Herr Kraemer sieht die durch den Stellenplanentwurf erkennbare Personalentwicklung kritischer. Er erklärt, daß die Verwaltungsstruktureform Schwachpunkte aufweise, insbesondere im Hinblick auf die Personalhöhe der einzelnen Fachbereiche. Er halte es für notwendig, anhand der von der Verwaltung bereits angekündigten Schwachstellenanalyse den Personalbedarf zu überprüfen. Im Hinblick auf die zu erwartende Schwachstellenanalyse schlägt er für die CDU-Fraktion vor, die bei Punkt A 8 e) in den Stellenplanentwurf aufgenommene 0,5- Stelle einer Bilanzbuchhalterin oder eines Bilanzbuchhalters im Fachbereich 7 sowie die vorgeschlagene 0,5-Stelle einer Finanzbuchhalterin oder eines Finanzbuchhalters im Fachbereich 8 mit

Sperrvermerken zu versehen, um nach Vorlage der Schwachstellenanalyse zu prüfen, ob diese Aufgaben evtl. zentralisiert wahrgenommen werden könnten.

Herr Freese erklärt, für die SPD-Fraktion sei im Hinblick auf die bei den Ziffern e) und f) ausgewiesenen neuen Stellen bzw. Stellenänderungen einerseits erkennbar sei, daß die Stelleneinsparungen auf Dauer nicht haltbar seien, und andererseits werde deutlich, daß die neuen Verwaltungsstrukturen zu einem gewissen Eigenleben der Fachbereiche mit der Folge möglicher Stellenanforderungen führe. Herr Freese vertritt die Auffassung, die Bürgermeisterin sollte darauf achten, daß das Eigenleben der Fachbereiche nicht solche Ausmaße annehme, die die Gefahr immer weiterer Stellenanforderungen in sich bergen. Er erklärt ferner, daß unter Berücksichtigung der Festlegungen im Stellenplan 2000 sowie der Personalkosten für das z.Z. befristet beschäftigte Aushilfspersonal nach seiner Berechnung ein Betrag von rd. 1,2 Mio. DM an Personalkosten durch den Haushaltsplan 2000 nicht gedeckt ist.

Ferner erläutert Herr Freese zu Punkt A 8 f) die Gründe, nach denen die Stelle I/1 als Stelle für die Bürgermeisterin ausgewiesen werden müsse und nicht – wie in der Vorlage vorgesehen – für den neuen Technischen Beigeordneten zur Verfügung gestellt werden könne. Für den neuen Technischen Beigeordneten müsse eine neue Stelle nach B 4 eingerichtet werden. Er erklärt außerdem, daß die SPD-Fraktion die Ziffern a) – d) ohne Änderungswünsche mit tragen werde. Zu Ziffer e) „Neue Stellen“ beantrage die SPD-Fraktion, die Anzahl der einzurichtenden Stellen für die Stadtwächter im Stellenplan von vier auf zwei zu reduzieren (siehe auch die Ausführungen zu TOP A 28) und für die Fortschreibung des Grünrahmenplanes die bestehende 0,5- Stelle auf eine volle Stelle aufzustocken.

Er merkt ferner an, daß die SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport die Schaffung einer 0,5-Stelle für die Kulturkoordination beantragt habe. Er vermisse die Stellungnahme hierzu in der Vorlage und meldet diese Stelle nochmals an.

Zu Ziffer f) „Stellenänderungen einschl. Einsparungen“ macht Herr Freese deutlich, daß die SPD-Fraktion keinesfalls die Einsparungen der Stellen der Reinigerinnen (Stellen-Nr. 1/1000 und 4/1096) mittragen werde. Er erläutert hierzu auf die sehr unterschiedlichen Entlohnungen bei gleicher Arbeitsleistung der beiden im Rathaus arbeitenden Reinigerinnen, von denen eine bei der Stadt Bergisch Gladbach und die andere bei einer Reinigungsfirma beschäftigt ist. So arbeite die bei einer privaten Reinigungsfirma Beschäftigte für einen Netto-Stundenlohn von 7,20 DM. Neben der sozialen Ungerechtigkeit bestehe hierbei auch die Gefahr, daß sich dies irgendwann auf die Qua-

lität der Reinigungen auswirken könne.

Frau Ryborsch unterstützt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Auffassung, da die Privatisierung der Reinigungsarbeiten zu Lasten der Frauen und der Qualität der Arbeit gehe.

Herr Kreilkamp informiert bezüglich der beantragten 0,5-Stelle für die Kulturkoordination, im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport sei deutlich geworden, daß der Fachbereich 4 die Notwendigkeit für weitere über die im Stellenplanentwurf vorgesehenen Stellen nicht sehe.

Bezüglich der Streichung der Stellen der Reinigerinnen weist Herr Kreilkamp darauf hin, daß der Rat im Jahre 1995 beschlossen habe, die Reinigungsarbeiten in städtischen Schulen und Verwaltungsgebäuden zukünftig bei zusätzlichen oder durch Personalfluktuation freiwerdende Reinigungsflächen an private Firmen zu vergeben. Der Ratsbeschluß werde nunmehr sukzessive umgesetzt. Das Rechnungsprüfungswesen habe nach entsprechender Prüfung bestätigt, daß die Vergabe der Reinigungsarbeiten an private Firmen die wirtschaftlichste Lösung sei.

Herr Jung ergänzt, daß die Problematik bereits zweimal im Rechnungsprüfungsausschuß behandelt worden sei. Er empfiehlt, sich über die Beratungsergebnisse zu informieren.

Frau Schmidt-Bolzmann vertritt für die F.D.P.-Fraktion die Auffassung, daß mit dem Stellenplanentwurf 2000 eine große Trendwende zur Personalaufstockung eingeleitet werde. Sie macht auf die hiermit verbundenen hohen Personalkosten aufmerksam, deren diesjährige Höhe in der Vergangenheit noch nie erreicht worden sei.

Frau Schmidt-Bolzmann beantragt für die F.D.P.-Fraktion, nur die Hälfte der im Stellenplanentwurf vorgeschlagenen Stellenanhebungen und Neueinrichtung von Stellen zu beschließen und es der Verwaltung zu überlassen, welche Stellen angehoben und welche neu eingerichtet werden sollen.

Herr Kotulla merkt zu den bisherigen Ausführungen zum Stellenplan u.a. an, daß die Verwaltung zu dem angesprochenen Projekt „Reorganisation“ immer dargelegt habe, nach einiger Zeit sei es möglich und notwendig zu überprüfen, ob sich das Projekt in die richtige Richtung bewege. Dies gelte auch für die sogenannte Personalautonomie der Fachbereiche. Allerdings müsse klar sein, daß die Aufgaben, die man sich gesetzt habe, erfüllt werden müssen, z.B. die kaufmännische Buchführung. Ob dies jeder Fachbereich für sich leisten müsse oder eine zentrale Aufgabenerledigung möglich sei, sollte überlegt werden. Hinsichtlich der im Rahmen der Beratungen mehrfach angesprochenen Personalautonomie der Fachbereiche erklärt Herr Kotulla, die Budgetierung müsse sich s. E. auch auf die Perso-

nalsituation beziehen. Hierzu müsse es jedoch ein Steuerungsinstrumentarium geben. Dies sei nach seiner Auffassung der beschlossene Stellenplan. Auf der Grundlage des Stellenplanes würden sicherlich zukünftig die jeweiligen Budgets der Fachbereiche festgelegt.

Zu den Ausführungen von Herrn Freese zu den Stelleneinsparungen in den vergangenen Jahren entgegnet Herr Kotulla, die Verwaltung habe schon bei der Einbringung des Haushaltsplanes 1998 darauf hingewiesen, daß irgendwann eine Grenze für weitere Stelleneinsparungen erreicht sei.

Zu den angesprochenen ungedeckten Personalkosten im Haushaltsplan 2000 erklärt Herr Kotulla, daß für die Etatberatung in der nächsten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses eine Änderungsliste zum Haushaltsplan 2000 vorgelegt worden sei, in der die zu erwartenden zusätzlichen Personalkosten berücksichtigt worden seien.

Im übrigen weist er zu den Ausführungen der F.D.P.-Fraktion über eine Trendwende bei den Personalkosten u.a. darauf hin, daß bei Betrachtung der Personalkostensteigerungen die Tarifierhöhungen im vorigen Jahr berücksichtigt werden müsse und auch in diesem Jahr davon auszugehen sei, daß der Tarifabschluß über 1 % hinausgehen werde. Auch seien in der Personalkostensteigerung die neue Stelle für den Technischen Beigeordneten und fünf Stellen, die die Stadt für das Projekt „Hilfe zur Arbeit“ vom Kreis übernommen habe, enthalten.

Der Hauptausschuß faßt zu dem Punkt 8 „Stellenplan 2000“ folgende

Beschlüsse bzw. Beschlußempfehlungen an den Rat

- 1. Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, bei den neuen Stellen und bei den Stellenanhebungen nur die Hälfte der im Stellenplanentwurf vorgesehenen zu berücksichtigen, wird mehrheitlich gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.**
- 2. Der Antrag der CDU-Fraktion, die neu einzurichtenden Buchhalterstellen in den Fachbereichen 7 und 8 mit Sperrvermerken zu versehen, wird einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.**
- 3. Der Antrag der SPD-Fraktion, die im Stellenplan 2000 vorgesehenen Stellen für die Stadtwächter von vier auf zwei zu reduzieren, wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.**
- 4. Der Antrag der SPD-Fraktion auf Aufnahme einer**

neuen 0,5- Stelle für die Erarbeitung des Grünrahmenplanes wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

5. Die im Stellenplanentwurf 2000 unter a), b), c) und d) vorgeschlagenen Stellenanhebungen werden mehrheitlich gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen.
6. Die im Stellenplanentwurf zu e) vorgeschlagenen Neueinrichtungen von Stellen werden unter Berücksichtigung des Beschlusses zu Nr. 2 (Sperrvermerke bei zwei Buchhalterstellen) mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.-Fraktion beschlossen.
7. Die im Stellenplanentwurf zu f) vorgeschlagenen Stellenänderungen bzw. Einsparungen werden mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion beschlossen.

<-@

9. **Haushalt 2000;**
Teilhaushalt Fachbereich 1

@->

Herr Freese trägt vor, die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, daß über die zur Zeit anstehende Einstellung des Geschäftsführers der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH hinaus überlegt werden sollte, im Haushaltsplan 2000 Haushaltsmittel vorzusehen für die von der Gesellschaft auszuführenden Maßnahmen ,z.B. für die 1. Umsetzungsphase des Hüsler-Gutachtens. Die Fraktion denke hierbei an die Aufnahme eines Haushaltsansatzes von 500.000 DM und einer Verpflichtungsermächtigung von 500.000 DM.

Herr Kotulla weist darauf hin, es handele sich hierbei um eine Angelegenheit, die den Wirtschaftsplan der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH betreffe.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Waldschmidt zur Aufstockung des Kapitals der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH über das Stammkapital von 50.000 DM hinaus macht Herr Kotulla deutlich, daß der Wirtschaftsplan der Gesellschaft die Entnahme einer für diesen Zweck bestehenden Rücklage enthalten werde.

Herr Waldschmidt bezweifelt, daß der veranschlagte Betrag ausreichen werde, in diesem und im kommenden Wirtschaftsjahr die vorgesehenen Maßnahmen

auf den Weg zu bringen.

Herr Kraemer macht mit Hinweis auf den normalen Ablauf einer Gesellschaftsgründung und deren Kapitalausstattung darauf aufmerksam, daß die Diskussion nicht in den Hauptausschuß gehöre.

Der Hauptausschuß faßt mehrheitlich bei Stimmenthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.- Fraktion folgenden **Beschluß:**

Dem vorgelegten Teilhaushalt für den Fachbereich 1 wird zugestimmt.

<-@

@-> Der Beschlussvorschlag wird das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsplan bzw. Haushaltsbuch 2000 sein.

<-@

10. Projekte der Verwaltung im Rahmen der Lokalen Agenda 21

@-> Frau Schöttler-Fuchs befürwortet die in der Vorlage dargestellten Projekte und drückt ihr Bedauern darüber aus, daß es aus Geldmangel nicht möglich sei, „Fachforen“ bzw. „Runde Tische“ einzurichten. Sie hält insbesondere die Projekte „Ökologisches Bauen“ und „Planungswerkstatt Lückerrath“ für die Einrichtung eines Fachforums bzw. eines „Runden Tisches“ besonders geeignet.

Herr Dehler begrüßt es insbesondere, daß die Schulen in die Lokale Agenda 21 einbezogen werden. Es sei sehr wichtig, bei den Schülerinnen und Schülern ein besseres Naturverständnis und Naturerleben zu vermitteln. Er regt an, langfristig ein Projekt zum Umgang mit Tieren und Pflanzen durchzuführen, in das Schulen, Organisationen und auch einzelne Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden könnten. Evtl. bestehe in der Stadt Bergisch Gladbach die Möglichkeit, für ein solches Projekt einen alten Bauernhof zu reaktivieren.

Herr Kotulla weist zu der Kritik, daß „Fachforen“ und „Runde Tische“ nicht realisiert werden können, auf die Möglichkeiten hin, die die Gemeindeordnung für die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern bietet. Es sei nicht ausgeschlossen, daß bei dem einen oder anderen Projekt, insbesondere auf dem Gebiet der Stadtplanung, hiervon Gebrauch gemacht werde.

Frau Böhrs bringt ebenfalls ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die finanzielle Ausstattung für die Umsetzung der Agenda 21-Projekte so mangelhaft ist, daß die „Runden Tische“ nicht stattfinden können. Die Durchführung von „Runden Tischen“ entsprechende dem „Agenda-Prozeß von unten“.

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen im übrigen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis. <-@

@->

<-@

11. Beteiligungsbericht 1998

@->

Frau Ryborsch begrüßt grundsätzlich, daß aufgrund der Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieser Punkt im Hauptausschuß behandelt wird. Sie vertritt jedoch die Auffassung, daß dieser Bericht aussagekräftiger hätte sein können

Im übrigen nehmen die Mitglieder des Hauptausschusses die Vorlage und den Beteiligungsbericht 1998 zur Kenntnis.

<-@

@-> Ein evt. Beschlussvorschlag ergibt sich aus den Beratungen.

<-@

12. **I. Nachtrag zur Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach vom 15.06.1999**

@-> Frau Schmidt-Bolzmann gibt die Bitte zu Protokoll, bei der anstehenden Änderung der Geschäftsordnung für den Rat zu überlegen, als Zugeständnis für die kleinen Fraktionen den § 29 Absatz 9 der Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, daß § 16 für das Verfahren in den Ausschüssen keine Anwendung findet. Sie kritisiert, daß durch die derzeitige Regelung die kleinen Fraktionen in den Ausschüssen benachteiligt und in ihrer politischen Arbeit behindert sind.

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgende **Beschlußempfehlung** an den Rat:

Der I. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach vom 15.06.1999 wird in der Fassung der überarbeiteten Vorlage, in der die vom Ausschuß für Anregungen und Beschwerden gegebenen Änderungsvorschläge berücksichtigt sind, beschlossen. <-@

@->

<-@

13. **Genehmigung von Dienstreisen; hier: Teilnahme von Mitgliedern des Rates an der Mitgliederversammlung des Städtetages NW 2000**

@-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Dienstreisen der Ratsmitglieder Hans Kierspel, Rosemarie Schu, Helene Wagner, Thomas Cüpper, Brigitte Schöttler-Fuchs und Klaus-Peter Freese am 22.03.2000 nach Bonn zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung 2000 des Städtetages NW werden genehmigt.

Sofern der Rat in seiner Sitzung am 29.02.2000 dem Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung in der Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte zustimmt, gilt die Dienstreise für Frau Waldraud Schneider anstelle von Frau Brigitte Schöttler-Fuchs als genehmigt.

<-@

@->

<-@

14. **Genehmigung von Dienstreisen; hier: Teilnahme von Mitgliedern des Rates am Gemeindegkongress und an der Mitgliederversammlung 2000 des NStGB am 09.03.2000 in Münster**

@-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Dienstreisen der Ratsmitglieder Hans Kierspel, Rosemarie Schu, Helene Wagner, Thomas Cüpper, Otto Jung, Konrad Kraemer, Dr. Reimer Fischer, Klaus W. Waldschmidt, Dr. Peter Winzen, Waltraud Schneider, Rainald Than-

nisch und Günter Ziffus am 09.03.2000 nach Münster werden genehmigt. Sofern der Rat in seiner Sitzung am 29.02.2000 dem Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung in der Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte zustimmt, gilt die Dienstreise für Frau Brigitte Schöttler-Fuchs anstelle von Frau Waltraud Schneider als genehmigt.

<-@

@->

<-@

15. Annahme einer Schenkung

@-> Herr Hagen verläßt wegen Befangenheit seinen Platz.

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgende Beschlußempfehlung an den Rat:

Beschluß:

<-@

@->

Die Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. wird mit besonderem Dank angenommen.

<-@

16. Benennung der Erschließungswege im Bereich des Bensberger Schlosses

@-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der direkt am Schloß von der Jan-Wellem-Straße abzweigende Erschließungs-
weg erhält die Bezeichnung „Am Schloß“. Die von der Wipperfürther Straße aus
abzweigenden Erschließungswege für den gesamten Bereich des Schloßparkes
(VEP Aachener / Münchener) erhalten die Bezeichnung „Im Schloßpark“.

<-@

@->

<-@

17. Benennung von Mitgliedern des Kreiswahlausschusses für den Wahlkreis 26

@-> Herr Müller bittet für die CDU-Fraktion, die Vorlage dahingehend zu ändern, daß an
seine Stelle Frau Petra Holtzmann als Mitglied und er für Frau Petra Holtzmann als
persönlicher Vertreter benannt wird.

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgende **Beschlußempfehlung** an den Rat:

Der Wahlausschuß wird mit folgenden Mitgliedern besetzt:

Mitglieder:

Bendig, Kristel
Kraemer, Konrad
Holtzmann, Petra
Wagner, Helene
Schneider, Waltraud
Ziffus, Günter

Persönliche Stellvertreter:

Wolfgarten, Herbert
Wöber-Servaes, Sylvia
Müller, Peter
Willnecker, Josef
Thannisch, Rainald
Effertz, Helmut

<-@

@->

<-@

18. Bericht aus den Sitzungen des Ausländerbeirates am 30.11.1999 und 25.01.2000

@-> Der Hauptausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<-@

**19. Streichung der Straßentrasse aus dem Kreisverkehrsentwicklungsplan;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.1999**

@-> Frau Ryborsch begründet den Antrag. Sie hält die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag für nicht schlüssig. Sie vermittele den Eindruck, im Kreisverkehrsentwicklungsplan festgelegt, daß auf dem alten Bahndamm nur eine Trasse für eine Schnellbusverbindung und für schienengebundene Fahrzeuge möglich sei. Vor diesem Hintergrund schließe sich für sie die Frage an, wie es möglich gewesen sei, über zwei Jahre lang über eine Straßentrasse auf dem Bahndamm zu diskutieren. Die Straßentrasse sei sehr wohl im Kreisverkehrsentwicklungsplan enthalten, und es stehe der Stadt Bergisch Gladbach frei, den Beschluß entsprechend dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu fassen

Herr Kraemer erklärt, die CDU-Fraktion beabsichtige nicht, eine neue Diskussion über den Bahndamm zu führen. Die Fraktion schließe sich dem Beschlußvorschlag der Verwaltung an.

Herr Waldschmidt erklärt, die Haltung der SPD-Fraktion bezüglich eines Autobahnzubringers auf der Bahndammtrasse sei allgemein bekannt. Die Fraktion werde aus formalen Gründen gegen den Antrag stimmen, da aus dem Kreisverkehrsentwicklungsplan keine Straßentrasse gestrichen werden könne, die nicht aufgenommen worden sei.

Der Hauptausschuß faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Landrat zu bitten, den Ausbau der alten Bahntrasse aus dem Kreisverkehrsentwicklungsplan zu streichen, wird abgelehnt.

<-@

@->

<-@

**20. Weiterführung der Linie 1;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.1999**

@-> Frau Ryborsch weist bei der Begründung des Antrages u.a. darauf hin, daß zur Zeit die Voraussetzungen für die Weiterführung der Stadtbahnlinie 1 über Bensberg hinaus nicht gegeben seien. Eine höhere Einstufung der Maßnahme im ÖPNV-Bedarfsplan des Landes sei im Hinblick auf die Kosten/Nutzen-Analyse für eine unterirdische Fortführung der Stadtbahnlinie nicht aussichtsreich. Sie erklärt, die Stadt Bergisch Gladbach sollte sich darum bemühen, im Hinblick auf die hohen Kosten andere Planungskonzepte (oberirdische) für die Fortführung der Linie 1 zu erarbeiten, um beim Land eine höhere Einstufung im ÖPNV-Bedarfsplan zu erreichen.

Herr Waldschmidt bemerkt hierzu, daß die formalen Voraussetzungen fehlen, um in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes als vordringlicher Bedarf aufgenommen zu werden. Er erklärt für die SPD-Fraktion, daß sie sich der Stellungnahme der Verwaltung

anschließe. Ferner geht er davon aus, daß Frau Bürgermeisterin Opladen in einer der nächsten Hauptausschußsitzungen über das Ergebnis ihres Gespräches in der Angelegenheit mit dem Landrat informieren werde.

Frau Ryborsch vertritt die Auffassung, daß sich das Problem durch das Abwarten des Gesprächsergebnisses nicht lösen lasse. Sie hält eine deutliche Willenskundgebung der Stadt Bergisch Gladbach für die Fortführung der Stadtbahnlinie 1 und die Erstellung einer neuen oberirdischen Planungskonzeption für erforderlich, um zu erreichen, daß die Maßnahme zeitnah als „vordringlicher Bedarf“ in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes aufgenommen wird.

Herr Kraemer macht deutlich, daß zunächst die Voraussetzungen für einen konkreten Beschlußvorschlag erarbeitet werden müssen, mit dem der Hauptausschuß zu gegebener Zeit zu befassen sei.

Herr Kotulla weist nochmals darauf hin, daß es in dem Gespräch mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis darum geht, über die Bedarfsfeststellung hinaus im Hinblick auf die hohen Kosten und den potentiellen Nutzerkreis außerhalb des Stadtgebietes die weitere Verfahrensweise festzulegen.

Der Hauptausschuß faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Die Entscheidung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird vertagt.

<-@

@->

<-@

21. **Zweigleisiger S-Bahn-Ausbau;**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.1999

@->

Frau Ryborsch begründet den Antrag und erklärt, es sei nicht feststellbar, warum die Umsetzung des Beschlusses zum zweigleisigen Ausbau der S 11 zwischen Bergisch Gladbach-Dellbrück-Köln nicht vorankomme. Aus diesem Grunde beantrage die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Forderung zu beschließen, den zweigleisigen Ausbau der S 11 als vordringlichen Bedarf in die Stufe 1 in den ÖPNV-Ausbauplan 2000-2004 aufzunehmen.

Herr Kraemer verweist auf den im Jahre 1996 in der Angelegenheit gefaßten Ratsbeschuß und erklärt, die CDU-Fraktion gehe davon aus, daß diese eindeutige Beschlußlage den entsprechenden Stellen mitgeteilt und in die Verhandlungen eingebracht worden sei. Er sehe keinen Anlaß für eine weitere Beschlußfassung.

Herr Freese vertritt mit Hinweis auf die zur Zeit bestehenden Schwächen der S-Bahn-Verbindung zwischen Bergisch Gladbach und Köln die Auffassung, es sollte nichts unversucht gelassen werden, die Voraussetzungen für eine pünktliche Bahnverbindung und einen 10-Minuten-Takt zu schaffen. Die Stadt müsse sich nicht unbedingt mit dem Beschluß der Zweckverbandsversammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) über die Anmeldung des Ausbaivorhabens in die Kategorie „weiterer Bedarf“ zufriedengeben. Aus diesem Grunde wäre es sinnvoll zu bekräftigen, daß die Stadt Bergisch Gladbach die Anmeldung in einen „vordringlichen Bedarf“ umgewandelt haben möchte. Die VRS sollte gebeten werden, hierüber nochmals nachzuden-

ken.

Herr Jachwitz merkt an, daß gegenüber dem in der letzten Ratssitzung gefaßten Beschluß die Planung für den Ausbau im ÖPNV-Bedarfsplan eine Stufe höher geklettert sei. Hierdurch ergebe sich erst die Gelegenheit, durch eigene Maßnahmen in Verbindung mit der VRS dafür zu sorgen, in die vorgezogene Finanzierung aufgenommen zu werden. Jetzt seien der VRS und der Rheinisch-Bergische Kreis als Aufgabenträger und möglicherweise auch die Stadt Bergisch Gladbach gefordert. Es würden Gespräche stattfinden müssen hinsichtlich der Erarbeitung der vier Voraussetzungen für die Aufnahme in die Kategorie „dringlicher Bedarf“ im ÖPNV-Bedarfsplan.

Der Hauptausschuß faßt einstimmig bei Stimmenthaltung durch die F.D.P.-Fraktion Beschlußempfehlung an den Rat:

Beschluß:

Die Stadt Bergisch Gladbach fordert, den zweigleisigen Ausbau der S 11 zwischen Bergisch Gladbach-Dellbrück-Köln in den ÖPNV-Ausbauplan 2000-2004 in die Stufe „vordringlicher Bedarf“ aufzunehmen. Sie bittet zum wiederholten Mal den Kreis und den Zweckverband VRS als Antragsteller, so zu verfahren.

<-@

<-@

@->

22. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.01.2000 zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs

@->

Frau Ryborsch kritisiert die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag, von der sie sich konkretere Vorschläge zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs erhofft hat. Sie vertritt die Auffassung, daß diese Vorlage nochmals an die Verwaltung zurückverwiesen werden sollte mit dem Ziel, konkretere Vorstellungen zu unterbreiten.

Herr Müller weist die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemachte Aussage zurück, daß es eindeutiger Wille aller Parteien vor der Kommunalwahl gewesen sei, keine neuen Straßen zu bauen. Er macht in diesem Zusammenhang beispielsweise auf den Ratsbeschluß für den Bau einer Querspange zwischen der Bensberger Straße und dem Refrather Weg und auf den Wunsch der CDU-Fraktion zum Bau einer Anbindung an die A 4 aufmerksam.

Der Hauptausschuß faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion den **Beschluß:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.01.2000 zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs wird abgelehnt.

<-@

<-@

@->

23. Antrag der F.D.P. - Fraktion

@->

Frau Schmidt-Bolzmann begründet den Antrag und drückt ihre Enttäuschung über die Stellungnahme der Verwaltung hierzu aus. Sie führt anhand von Beispielen eine Reihe von Schwachstellen des derzeitigen Bus- und Straßenbahnnetzes auf. So kriti-

siert sie den unübersichtlichen und für die Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbaren Fahrplan für den ÖPNV in Bergisch Gladbach. Ferner weist sie auf die unverständliche Tarifregelung für Fahrten von Herkenrath über Bensberg nach Köln (4 Tarifzonen) und für Fahrten von Herkenrath über Gladbach nach Köln (3 Tarifzonen) hin. Des weiteren erläutert Frau Schmidt-Bolzmann die für die ÖPNV-Benutzerinnen und Benutzer nicht nachzuvollziehenden Teilzonengrenzen zwischen Bensberg und Frankenforst. Unverständlich sei ihr auch das von der Verwaltung dargelegte Argument, daß die von der F.D.P.- Fraktion gewünschten Tarif- und Zonenänderungen zu Einnahmeerstattungen in Millionenhöhe führen würden. Frau Schmidt-Bolzmann legt dar, die F.D.P.- Fraktion wolle mit ihrem Antrag erreichen, die aufgezeigten Schwachstellen möglichst noch zum Fahrplanwechsel im Mai 2000 abzustellen.

Herr Kraemer bestätigt die Auffassung, daß es notwendig sei, auf diesem Gebiet eine Schwachstellenanalyse durchzuführen. Er hält es jedoch für sinnvoll, daß diese Aufgabe von der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH wahrgenommen wird.

Herr Waldschmidt sieht es insbesondere im Hinblick auf die Forderungen zu den Ziffern 2 und 3 des Antrages als problematisch an, Maßnahmen zu fordern, die erhebliche finanzielle Mittel binden würden, die letztlich nicht dem Stadtbus zugute kämen. Die Mittel, die in Bergisch Gladbach für den Stadtbus ausgegeben werden, sollten vorrangig für die Umsetzung des „Hüsler - Konzeptes“ verwandt werden. Er bittet darum, sich nachhaltig darum zu bemühen, daß Stadtbuskonzept wie beschlossen und entsprechend dem Vorschlag des Büros Hüslers umzusetzen.

Herr Jachwitz verweist hinsichtlich der gewünschten Fahrplanüberarbeitung auf das vom Rat beschlossene Detailkonzept für den Stadtbus, das durch die Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH umgesetzt werde. Bezüglich der von der F.D.P.- Fraktion gewünschten Änderungen der Zonengrenzen macht er deutlich, daß es sich bei der Festlegung der Zonengrenzen um ein kompliziertes Geflecht im Verbundraum handele. Jeder Eingriff in diesen den Fahrplan und die Einnahmen ausgleichende Geflecht habe finanzielle Folgen. Es sei für die Stadt Bergisch Gladbach möglich, Änderungsanträge zu stellen. Dann müsse die Stadt Bergisch Gladbach aber auch die hiermit verbundenen Einnahmeausfälle tragen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses erzielen Einvernehmen darüber, daß die im Antrag der F.D.P. – Fraktion aufgeworfenen Probleme im Sinne der heutigen Erörterung von der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH aufgegriffen werden sollen.

<-@
<-@
24. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.1999 ;
Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit**

@->
und <-@

25. **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 bzgl. der Entschädigung der Entschädigung der Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit.**

@-> Die Tagesordnungspunkte A 24 und A 25 werden gemeinsam beraten.

Frau Ryborsch erklärt, ihr sei bekannt, daß entgegen der in der Vorlage gemachten Aussage der vom Archiv erarbeitete Bericht bereits vorliege und der Bürgermeisterin zugeleitet worden sei. Herr Müller vereint ihre Frage, ob er hierzu als stellvertretenden Vorsitzenden etwas zu berichten habe.

Frau Ryborsch führt ferner aus, nach den Unterlagen eines NS-Dokumentationszentrums in Köln seien in sechs Firmen, die in Bergisch Gladbach und Bensberg ansässig gewesen seien oder es zum Teil noch sind, insgesamt 600 Zwangsarbeiter beschäftigt worden. Es gebe inzwischen auch Informationen, daß auch die Stadtverwaltung NS-Zwangsarbeiter beschäftigt habe. Die im Bergisch Gladbach beschäftigten Zwangsarbeiter seien vor allem in Bensberg untergebracht gewesen. Das Lager sei „Reichsbahn“ genannt worden. Es sei im heutigen „Haus Steinbreche“ untergebracht gewesen. Ferner sei bekannt, daß die Unterbringungsverhältnisse fast Haftbedingungen entsprochen habe. Ferner sei festgehalten, daß das Konzentrationslager Buchenwald in Bensberg eine Außenstelle gehabt habe, und zwar im Milchborntal. Dies alles mache klar, daß es sich um ein wichtiges Thema für die Stadt Bergisch Gladbach handele.

Da Frau Bürgermeisterin Opladen an der heutigen Beratung nicht teilnehmen kann, beantragt Frau Ryborsch, die Vertagung dieses Punktes in die nächste Sitzung des Hauptausschusses oder des Rates sowie die Zuleitung des Archivberichtes an die Fraktionen.

Auch Herr Hoffstadt spricht sich für eine Vertagung aus, um sodann nach Vorlage der Verwaltungsunterlagen das Thema mit der ihm gebührenden Würde zu beraten. Er bittet ferner, für die SPD-Fraktion, ihren Antrag vom 07.02.2000 dahingehend zu ändern, daß die Wörter „historischen Verantwortung und Mitschuld“ durch das Wort „Mitverantwortung“ ersetzt werden.

Frau Antrag von Frau Böhrs unterbricht der Vorsitzende die Sitzung für drei Minuten.

Nach der Sitzungsunterberechnung faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Beratung der Anträge zu A 24 und A 25 wird bis zur nächsten Hauptausschußsitzung vertagt.

<-@

26. Antrag der Fraktion KIDitiative vom 07.02.2000 zu Jugendbegegnungen mit Jugendlichen aus den Partnerstädten

@-> Frau Böcher begründet den Antrag. Ziel der beantragten Maßnahmen sei es, eine Steigerung und breitere Nachfrage für die Durchführung von städtepartnerschaftlichen Jugendbegegnungen zu erreichen. Durch die in der Stellungnahme der Verwaltung gemachte Aussage, daß durch eine Zuschußerhöhung prinzipiell die Austausche gefördert werden könnten, erkenne die Fraktion KIDitiative, daß der gestellte Antrag dieses Ziel erreichen könnte. Anstatt einer Pro-Kopf-Förderung halte die Fraktion KIDitiative mit Rücksicht auf die Problematik der unterschiedlichen Entfernungen zu den Partnerstädten auch eine anteilige Fahrtkostenbezuschung für möglich. Das Argument der Verwaltung, daß manche Partnerschaften bereits so lange bestehen, das hierfür kein Interesse mehr vorliege, sei nach Auffassung der Fraktion nicht ange-

bracht, da die Dauer einer Städtepartnerschaft nichts über das „Weiterleben“ der Partnerschaft aussage.

Frau Böcher regt ferner für die Fraktion KIDinitiative an, den im Sommer für Jugendliche aus Marijampole vorgesehenen Deutsch-Sprachkursus in Bergisch Gladbach um die Teilnahme von Jugendlichen aus anderen Partnerstädten zu erweitern. Sie schätzt die Situation so ein, daß für die Jugendlichen auf jeden Fall Gastfamilien in Bergisch Gladbach gefunden werden können. Auch die Fraktion KIDinitiative werde sich bemühen, Familien für die Unterbringung von Jugendlichen zu finden.

Herr Kraemer legt die Auffassung der CDU-Fraktion dar, nach der die Stadt Bergisch Gladbach selbst nicht als Trägerin für die Organisation solcher Begegnungen tätig werden sollte. Bereits seit Jahren gebe es einen regen Austausch zwischen den Partnerstädten, der sehr gut von den Organisationen durchgeführt werde, so daß die CDU-Fraktion nicht die Notwendigkeit sehe, sich durch die Stadt Bergisch Gladbach verstärkt zu betätigen. Die Fraktion sehe jedoch das Erfordernis, die Haushaltsmittel für städtepartnerschaftliche Begegnungen zu erhöhen. Sie schlage jedoch keine Erhöhung des „Pro-Kopf“-Zuschusses, sondern eine generelle Erhöhung des Haushaltsansatz für die Aufgabe „Städtepartnerschaften“ um 10.000 DM vor.

Auch Herr Freese befürwortet mit Hinweis auf die zur Zeit für die Pflege der Städtepartnerschaften zur Verfügung stehenden geringen Haushaltsmittel eine Erhöhung des Haushaltsansatzes für diesen Bereich. Er stellt die Frage, ob mit den Städten, mit denen derzeit die städtepartnerschaftliche Verbindung fast nicht mehr gegeben ist, seitens der Verwaltung überlegt werden sollte, wie sie die Beziehungen zu neuen Leben erwecken können oder ob die Partnerschaften faktisch nicht mehr gepflegt werden sollten.

Er unterstützt die Forderung der Fraktion KIDinitiative, verstärkt die Jugendkontakte zwischen den Partnerstädten zu fördern und befürwortet ebenfalls den Vorschlag der CDU-Fraktion, den Haushaltsansatz für Städtepartnerschaften um 10.000 DM zu erhöhen.

Frau Böcher spricht sich für eine Zweckbestimmung der zusätzlich bereitgestellten Haushaltsmittel aus.

Herr Müller erklärt hierzu, man sollte auf eine allzu große Einengung verzichten. Er gehe davon aus, daß die Verwaltung mit den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln im Sinne der heutigen Erörterung überwiegend die Begegnungen von Jugendlichen fördern werde.

Herr Dehler fügt hinzu, er finde es gut, daß nicht nur die deutschen Jugendlichen, sondern auch die litauischen Jugendlichen aus diesen Mitteln eine Unterstützung erfahren können, z.B. die Jugendlichen aus Marijampole.

Herr Hoffstadt findet es sehr wichtig, daß die Verwaltung Hilfestellung für die Kontaktabahnung von Jugendgruppen und sonstigen Gruppen zwischen den Partnerstädten leistet. Er schlägt hierzu u.a. eine Umfrageaktion bei den Organisationen und Verbänden vor, um auf der Grundlage dieses Ergebnisses gezielt in den Partnerstädten nach geeigneten Partnern nachfragen zu können.

Die Herren Dehler und Müller weisen darauf hin, daß sich die Verwaltung auch heute

schon um die Vermittlung solcher Kontakte sehr bemühe.

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Der Rat wird gebeten, im Haushaltsplan 2000 bei der Haushaltsstelle „Partnerschaften“ einen zusätzlichen Betrag von 10.000 DM bereitzustellen.

<-@

27. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2000 auf Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Stellenplan

@-> Der Antrag wurde im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt A 8 „Stellenplan 2000“ behandelt.

<-@

28. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.02.2000, aus dem Haushalt 2000 die Stellen der zwei Stadtwächter zu streichen

@-> Der Antrag wurde im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt A 8 „Stellenplan 2000“ beraten.

<-@

29. Interfraktioneller Antrag der Fraktionen KIDitiative, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.02.2000, die Stellen "Jugendhilfeplanung" und "Kinderbüro" aus dem Fachbereich 5 jeweils auf 100 % zu erhöhen.

@-> Der Antrag wurde im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt A 8 „Stellenplan 2000“ beraten.

<-@

30. Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Es werden keine Anfragen gestellt.

Herr Müller schließt danach den öffentlichen Teil der Hauptausschußsitzung und bittet die Zuhörerinnen und Zuhörer, den Saal zu verlassen.

<-@